



Niederschrift
zur 10. Sitzung
des Sozialausschusses
am 21.03.2012
um 17:00 Uhr im Ratssaal

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 18.01.2012
- 3 07 - 15 0673/2012 Integrationsbudget 2011: Maßnahmen, Personal, Kosten
- 4 07 - 15 0674/2012 Asylbewerber;
hier: Zusätzliche Unterbringung von Asylbewerbern an der
Reeser Straße
- 5 07 - 15 0675/2012 Reduzierung der jährlichen Sitzungstermine des Sozialaus-
schusses;
hier: Anregung der Bürgergemeinschaft Emmerich (BGE) auf
Reduzierung der jährlichen Sitzungstermine des Sozialaus-
schusses
- 6 Verschiedenes
- 7 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Ute Sickelmann

Die Mitglieder

Herr Gerd-Wilhelm Bartels

Frau Sandra Bongers

Herr Johannes Brink ten

(für Mitglied Sloot)

Herr Jürgen Brockmann

Herr Christoph Byloos

Herr Gerhard Gertsen

Frau Brigitte Hebben

Frau Karin Heering

Herr Peter Hinze

(für Mitglied Offergeld)

Frau Marianne Lorenz

Frau Edith Meisters

Herr Wolfgang Schmitz

(für Mitglied Prehn)

Frau Anja Schulte
 Frau Sultan Seyrek
 Frau Elke Trüpschuch
 Frau Danielle Zapp

Von der Verwaltung

Herr Johannes Diks	Bürgermeister
Herr Hans Sterbenk	
Frau Elisabeth Schnieders	
Frau Gisela Kohnen	Schriefführerin

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr. Sie begrüßt die Zuhörer, die anwesenden Damen und Herren des Ausschusses, der Verwaltung und der Presse. Die Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen ist.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Im Namen mehrerer asylsuchender Frauen bittet die Sprecherin darum, von dem beabsichtigten Umzug nach Praest abzusehen. Die Vorsitzende teilt ihr mit, dass die ihr unmittelbar vor der Sitzung ausgehändigte Petition bei der Beratung des Tagesordnungspunktes 4 berücksichtigt wird.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 18.01.2012

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird von der Vorsitzenden und der Schriefführerin unterzeichnet.

**3. Integrationsbudget 2011: Maßnahmen, Personal, Kosten
 Vorlage: 07 - 15 0673/2012**

Herr Sterbenk führt aus, dass ein Teil des Integrationsbudgets für Personal- und Sachkosten und der Rest für Maßnahmen wie Lohnkostenzuschüsse und Qualifizierungen verwendet werden. Mitglied Brockmann fragt nach den Perspektiven der Menschen, die einer Mehrbedarfsbeschäftigung nachgehen. Herr Sterbenk teilt mit, dass durch die Mehrbedarfsbeschäftigungen kaum eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt stattfindet, sie aber den arbeitsentwöhnten Menschen helfen würden, wieder eine Tagesstruktur zu finden.

Auf die Frage von Mitglied Brockmann nach zeitlichem Rahmen und Inhalt der Bewerbungstrainings teilt Herr Sterbenk mit, dass diese von einem bis zu fünf Tage dauern und die ganze Palette rund um das Thema Bewerbung abdecken. Durchgeführt werden die Trainings von SOS.

Auf den Einwand der Vorsitzenden, dass der Anteil der Frauen bei den Mehrbedarfsbeschäftigungen deutlich geringer sei als der der Männer erwidert Herr Sterbenk, dass es in diesem Bereich nicht so viele Aufgaben für Frauen gebe. Er teilt weiter mit, dass es im Rahmen einer ab dem 1. April 2012 stattfindenden Instrumentenreform wahrscheinlich keine Mehrbedarfsbeschäftigungen mehr geben werde.

Mitglied Bartels bittet um weitere Informationen zur Instrumentenreform. Herr Sterbenk führt aus, dass die Mehrbedarfsbeschäftigungen entfallen sollen, weil diese 1 € Jobs als Konkurrenz für Gewerbebetriebe (z. B. Gartenbau) angesehen werden könnten.

Mitglied Schulte fragt nach, ob Anträge aus budgettechnischen Gründen abgelehnt werden mussten. Dieses wird von Herrn Sterbenk verneint. Er betont jedoch, dieses für die Zukunft nicht ausschließen zu können. Die Vorsitzende bittet darum, das Thema Integrationsbudget hinsichtlich der Verteilung auf Männer und Frauen erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

**4. Asylbewerber;
hier: Zusätzliche Unterbringung von Asylbewerbern an der Reeser Straße
Vorlage: 07 - 15 0674/2012**

Die Vorsitzende hat unmittelbar vor der Sitzung eine Petition von sechs Asylbewerbern erhalten und liest diese den Ausschussmitgliedern vor. Die Petenten bitten darum, von dem geplanten Umzug von der Tackenweide zur Reeser Straße in Praest abzusehen. Sie führen unter anderem die zu weite Entfernung von der Stadt und damit die Erreichbarkeit von Ärzten, schlechtere Kochmöglichkeiten und Sanitäranlagen sowie den Verlust sozialer Kontakte an.

Herr Sterbenk führt aus, dass das Übergangswohnheim an der Tackenweide belegt ist. Da Emmerich unter der Aufnahmequote liege, müsse mit weiteren Zuweisungen gerechnet werden. Zum Einwand von Mitglied Bartels, ob die Unterbringung neuer Asylbewerber in Praest eine Option sei, teilt Herr Sterbenk mit, dass dann keine Trennung mehr nach Geschlechtern möglich sei. Nach erfolgtem Umzug biete die Unterkunft an der Tackenweide Platz für weitere fünfzehn bis achtzehn Männer.

Da in Praest ein Bus fährt und der Bürgermeister mitgeteilt hat, dass Fahrkarten ausgehändigt werden, erkennt Mitglied Zapp keine Notwendigkeit, von der Planung abzugehen. Auch Mitglied Schulte ist für den Umzug, zumal städtische Immobilien vorhanden sind. Mitglied ten Brink sieht das bessere soziale Umfeld in Praest. Mitglied Hinze erklärt, die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen. Sollte nach dem Umzug noch Probleme bestehen, werde der Ausschuss sicherlich informiert. Mitglied Gertsen bittet darum, in der Sitzung im November 2012 Bericht zu erstatten.

Die Vorsitzende wirbt wegen der Ängste der betroffenen um eine gemeinsame Lösung im Einvernehmen. Die Frage der Vorsitzenden, ob auch städtische Objekte in der Innenstadt zur Verfügung stehen, wird von Bürgermeister Diks verneint. Er teilt mit, dass er nach Beendigung der Renovierungsarbeiten eine Einladung an die Asylsuchenden zu einem gemeinsamen Termin vor Ort ausgesprochen habe. Dabei könnten die Ängste sicherlich genommen werden. Die Vorsitzende und ihre Stellvertreterin werden an diesem Termin teilnehmen.

**5. Reduzierung der jährlichen Sitzungstermine des Sozialausschusses;
hier: Anregung der Bürgergemeinschaft Emmerich (BGE) auf Reduzierung
der jährlichen Sitzungstermine des Sozialausschusses
Vorlage: 07 - 15 0675/2012**

Mitglied Brockmann erklärt, keine Zustimmung zu der Anregung der Bürgergemeinschaft Emmerich zu geben und verliest eine umfangreiche Begründung. Mitglied Schulte erklärt, dass die Zahlen auch in einem halbjährlichen Rhythmus vorgelegt werden können und Sitzungen bei Bedarf durchgeführt werden sollten. Mitglied Hinze spricht sich für drei Sitzungen im Jahr aus. Dafür votiert auch Mitglied Gertsen ab dem Jahre 2013. Für 2012 soll es bei den geplanten vier Sitzungen bleiben.

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss empfiehlt der Ausschussvorsitzenden, es bei den turnusmäßig terminierten vier Sitzungen des Sozialausschusses in 2012 zu belassen und ab dem Jahre 2013 drei Sitzungen jährlich festzulegen.

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

6. Verschiedenes

Es liegen keine Mitteilungen vor. Anfragen werden nicht gestellt.

7. Einwohnerfragestunde

Die Fragen einer Vertreterin der Asylsuchenden werden beantwortet.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.58 Uhr.

46446 Emmerich am Rhein, den 10. April 2012

Ute Sickelmann
Vorsitzende

Gisela Kohnen
Schriftführerin